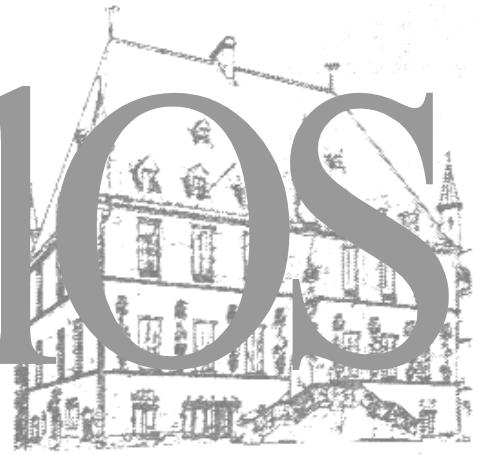


Marx ist tot ?



KarLOS

Mai 2007



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei - Osnabrück

ERA und Tarifrunde

Lohnfragen sind Machtfragen

Erste Warnstreiks – die Tarifrunde Metall kommt in die „heiße Phase“. Gerade erst haben wir Karmanns Absichten durchkreuzt, „ERA“ zum Entgelt-ReduzierungsAbkommen zu machen – jetzt stehen wir wieder im Kampf um unsere Einkommen.

Ziele des Kapitals bei ERA...

Nicht nur Karmann, auch große Konzerne wie DaimlerChrysler wollen „ERA“ missbrauchen zum Angriff auf Löhne und Gehälter. Die Strategie des Kapitals beschreibt der ERA-Spezialist des Unternehmerverbandes „Südwestmetall“ (Mitglieder z.B. Daimler, Porsche, Bosch), ein Herr Gryglewski:

In der betrieblichen Eingruppierungspraxis der Vergangenheit habe es „zahlreiche Fehlentwicklungen“ gegeben, vor allem über Jahrzehnte gewachsene „Fehlein-
gruppierungen“, die „nicht selten 15% der betrieblichen Entgeltsumme“ ausmachten. So seien diese „fast 15% der als tarifliches Entgelt ausgewiesenen Entgeltsumme tatsächlich ‚verborgenes‘ übertarifliches Entgelt. Da dieses Entgelt in der betrieblichen Praxis als Tarifentgelt wahrgenommen wird, steht es selbst in Krisenzeiten nicht als Flexibilitätsreserve zur Verfügung.“ Diese angeblich „übertarifliche“ Flexibilitätsreserve soll nun durch den „erzwungenen ‚Reset‘ des Systems“ sichtbar gemacht und den Betrieben zur Verfügung gestellt werden. (Nach einem Arbeitspapier für die Hans-Böckler-Stiftung des DGB!).



...und in der Tarifrunde

Auch in der Tarifrunde wollen die Kapitalbesitzer eine Flexibilisierung des Lohnes. Vor einem Jahr wurden 30 Prozent der Erhöhung abhängig gemacht vom betrieblichen Ergebnis. Die Unternehmer nutzten mehrheitlich dieses Instrument nicht, aber die Tür ist aufgestoßen.



Nun wollen sie als „Angebot“ neben einer mickrigen Lohnerhöhung einen „Konjunkturbonus“ als Einmalzahlung, der im nächsten Jahr wieder weg sein soll. Dazu fordert Kannegießer, dass das „Weihnachtsgeld“ vom „Erfolg“ abhängig sein soll – Beschäftigte in weniger profitablen Betrieben kämen so unterm Strich auf weniger Lohn!

„Normales Spiel der Kräfte“

Die Sprecherin des Unternehmerverbandes, Sabine Stöhr, bewertete den Konflikt um ERA als „normales Spiel der Kräfte“ (Neue OZ, 05.04.2007) - die Dame hat recht!

Im Kapitalismus ist unsere Arbeitskraft „eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichzeitig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt“ (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest). Der Zusammenschluss in Gewerkschaften setzt der Konkurrenz der Arbeiter beim Verkauf ihrer Arbeitskraft gewisse Grenzen. Die Lohnunterschiede z.B. zwischen Industrie und Handwerk beruhen darauf, dass „eine machtvolle Organisation die eine Gruppe in den Stand setzt, als Norm, nach der sich ihre Löhne richten, einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard zu behaupten, während die andere Gruppe, unorganisiert und ohnmächtig, sich nicht nur den unvermeidlichen, sondern auch den willkürlichen Übergriffen der Unternehmer fügen muss...“ (F. Engels, Das Lohnsystem)

Vom „Sozialstaat“...

In der BRD erreichten die Gewerkschaften jahrzehntelang für die Werktätigen Jahr für Jahr bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Lange Nachkriegskonjunktur („Wirtschaftswunder“) und geringe Arbeitslosigkeit erleichterten dieses. Dazu kam die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der „Frontstaat“ BRD stand im Wettbewerb mit der DDR und den anderen sozialistischen Ländern – das Kapital musste den Lohnabhängigen Zugeständnisse machen, um die hässliche Fratze des Kapi-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1
talismus als „Sozialstaat“ oder „soziale Marktwirtschaft“ zu maskieren.

...zum Klassenkampf von oben

Doch seit der Krise 1974/75 bleibt das Wachstum der Wirtschaft hinter der „Freisetzung“ von Arbeitskräften durch Rationalisierung zurück. Massenarbeitslosigkeit, Existenzangst, wachsende Konkurrenz der Beschäftigten ermöglichten dem Kapital erste Angriffe auf alles, was die Arbeiterklasse in vielen Jahrzehnten unter opferreichen Kämpfen erreicht hat. So richtig in Schwung kam diese Offensive des Kapitals mit der Niederlage des Sozialismus in Europa: „Am 9. November 1989 haben wir mit der Maueröffnung auch die Abrissbirne gegen den Sozialstaat in Stellung gebracht. Hartz V bis VIII werden demnächst folgen. Es ist ein Klassenkampf, und es ist gut so, dass der Gegner auf der anderen Seite

kaum noch wahrzunehmen ist“, so ganz offen der ehemalige Unternehmerboss Rogowski (Phoenix, 16.12.2004) „Der Gegner auf der anderen Seite“, das sind wir mit unserer Organisation, der Gewerkschaft!

Heraus zum Warnstreik – auch wegen ERA!

Auch Karmann hielt wohl nach den Massenentlassungen der Vergangenheit und vor einer unsicheren Zukunft die Belegschaft für „reif“ für weitere Opfer. Tatsächlich war die Entschlossenheit und Geschlossenheit der Belegschaft in den Osteraktionen nach der eher depressiven und resignativen Stimmung der letzten Monate für viele überraschend. Diese Aktionskraft und Solidarität brauchen wir auch in der Tarifrunde. Auch im Warnstreik gehen wir nicht „für die IG Metall“ auf die Straße, sondern für unser eigenes Portemonnaie – gegen die

gleichen Unternehmer, die uns auch mit ERA in dasselbe greifen wollten.

Und auch bei ERA heißt es: wachsam bleiben! Betriebsrat und Vertrauensleute bewerteten die erkämpfte persönliche Besitzstandssicherung nur als „Teilerfolg“ (Innenspiegel, 04.04.2007). Dabei geht es nicht nur um die drohende Schlechterstellung von Neueingestellten. Viele Kollegen meinen mit Recht: hohe „Überschreiterzulagen“ wären trotz heutiger Zusagen eine Versuchung, in die wir die Geschäftsführung lieber nicht führen sollten. Der Konflikt um die Bewertung steht weiter auf der Tagesordnung – eine Warnstreik mit hoher Beteiligung wäre auch dafür ein Warnung an die Geschäftsführung, den Bogen nicht noch einmal zu überspannen!

¹www.labournet.de/diskussion/gewerkschaften/tarifpolitik/bahnmueller.html

„Mehr ist fair...“

...mit dieser Losung ziehen die IG Metall und andere Gewerkschaften in die Tarifrunde 2007. Friedrich Engels fragte schon 1881, was das denn sei: „Ein gerechter („fairer“) Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk“?

Er stellte fest: „Ein gerechter Tagelohn ist... die Summe, die erforderlich ist, dem Arbeiter die Existenzmittel zu verschaffen, die er entsprechend dem Lebensstandard seiner Stellung und seines Landes benötigt, um sich arbeitsfähig zu erhalten und sein Geschlecht fortzupflanzen... Ein gerechtes Tagewerk ist diejenige Dauer des Arbeitstages und diejenige Intensität der tatsächlichen Arbeit, bei denen ein Arbeiter die volle Arbeitskraft eines Tages verausgabt, ohne seine Fähigkeit zu beeinträchtigen, am nächsten Tag und an den folgenden Tagen dieselbe Arbeitsmenge zu leisten.“ Also: „Einkommen zum Auskommen“, und „Arbeit darf nicht krank machen“!

Kapital und Arbeit haben allerdings nicht denselben „fairen“ Ausgangspunkt: „Wenn der Kapitalist mit dem Arbeiter nicht einig werden kann, kann er es sich leisten, zu warten, und von seinem Kapital leben. Der Arbeiter kann das nicht. Er hat nur seinen Lohn zum Leben und muss daher Arbeit annehmen, wann, wo und zu welchen Bedingungen er sie bekommen kann.“ Ausserdem: die „Anwendung von mechanischer Kraft und Maschinerie“ ersetzt immer mehr Arbeitskräfte. Deren Konkurrenz als „industrielle Reservearmee“ drückt auf die Löhne der Beschäftigten und ver-

stärkt „durch ihre bloße Existenz die Macht des Kapitals in seinem Kampf gegen die Arbeiter“.

Da das Kapital keine Werte schafft und die Arbeit (neben der Natur) die Quelle allen Reichtums ist, folgt daraus, „daß der Arbeiter aus seinem eigenen Arbeitsprodukt entlohnt wird“.

Aber davon erhält er nur den „fairen“ Teil – den anderen behält „sein“ Unternehmer, so dass „das Arbeitsprodukt derer, die arbeiten, unvermeidlich in den Händen derer angehäuft wird, die nicht arbeiten.“ Wird dieses Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit durch „mehr“, also höhere Einkommen, etwa „fair“?

Ohne Gewerkschaften wären die Beschäftigten der Unternehmerwillkür schutzlos ausgeliefert. Der gewerkschaftliche Kampf ist notwendig, um dem Druck des Kapitals auf Einkommen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen einen Damm entgegenzusetzen.

Doch der Kampf allein um „faire“ Einkommen und „gute Arbeit“ ändert weder etwas an der Abhängigkeit der Beschäftigten noch an ihrer „fairen“ Ausbeutung durchs Kapital. Darum schlägt En-

gels als neues Motto vor: „Besitzer der Arbeitsmittel — der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen — soll das arbeitende Volk selbst sein.“

Quelle: Marx-Engels-Werke (MEW) 19, S. 247 ff.

Friedrich Engels (rechts im Bild) mit seinem Kumpel Karl Marx und zwei Jungkommunisten

Die Kriegserklärung der Kapitalisten



Hans-Peter
Brenner,
DKP-
Parteivorstand

Im Vorfeld der demokratischen Revolution von 1848, der sogenannten „Sturm- und Drang-Zeit“, erreichte der Arzt und Schriftsteller Georg Büchner mit seinem „Hessischen Landboten“ weit über seine engen Landesgrenzen hinaus einen revolutionären Ruf. Seine Parole „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ von 1834 wirkte wie eine Bombe mit Langzeitzündern.

Heute sieht ein anderer Publizist, Ulrich Clauss, Redakteur der Springer-Zeitung „Die Welt“, die Zeit gekommen, diese Parole umzudrehen. Sein Leitartikel vom 3. April „Die Spaltung gestalten“ ist die offene und brutale Kriegserklärung gegen die Reste kapitalistischer „Sozial“staatlichkeit.

Der Text spricht für sich. Hier einige O-Töne:

„Man mag es beklagen, ideologisch aufladen oder schlicht ignorieren - der Sachverhalt selbst bleibt unbestreitbar: Die Schere zwischen ‚arm‘ und ‚reich‘ öffnet sich in unserer Gesellschaft immer weiter. ... Die wachsende materielle und lebensweltliche Spaltung der Gesellschaft ist objektiv.

Die Deutschen trifft diese Entwicklung unvorbereiteter als andere. Befördert vom sprunghaften Wohlstandszuwachs der Nachkriegszeit, hat in Politik und Gesellschaftswissenschaft eine Lebenslüge hartnäckig überdauert... Damit ist die durch nichts begründete Erwartung gemeint, dass die Fortentwicklung unserer Industriegesellschaft auf Dauer einem wachsenden Anteil der Bevölkerung den Aufstieg in die Mittelschichten ermöglicht, wo die Masse der Menschen zumindest gefühlten Kontakt zu den Begüterten halten kann.

Das Gegenteil ist der Fall. Arbeits- und Kapitaleinkommen entwickeln sich in... steigendem Ausmaß auseinander. Die sozialen Sicherungssysteme werden zunehmend vom relativ sinkenden Lohnanteil finanziert und müssen entsprechend abspecken. ... Auch im Renten-, Sozial-, Gesundheits- und im Infra-

strukturbereich ist die Umkehr dessen zu beobachten, was erklärtes Politikziel war und immer noch ist...

Trotz anders lautender Parteitageprosa erscheint ein Rückbau aller Sozialsysteme auf minimale Grundsicherung mit privater Zusatzversicherung als die einzige darstellbare Variante...

Das... Gleichheitsversprechen unseres politischen Systems ist nicht aufrecht zu halten, weil es niemand bezahlen kann und will. Je eher man dies den Leuten sagt, desto besser ist es. Die sich weiter vertiefende Spaltung unserer Gesellschaft darf nicht länger politisch vernebelt werden. Vielmehr sollten wir uns der Frage widmen, inwiefern wir diese Spaltung gestalten können...

Des weiteren sollte individueller Reichtum nicht länger als problematischer Seiteneffekt einer freien und sozialen Gesellschaft verteufelt, sondern sollte als wertvolle Ressource begriffen werden, die auch in der Eigenverantwortung der Besitzenden sehr wohl aktivierbar ist. ... (Deshalb) sollten wir zu realistischen Vorstellungen von Aufstiegschancen und Schichtendurchlässigkeit finden.“

Die Antwort auf diese sozial-reaktionäre Kriegserklärung der Kapitalistenklasse finden wir bei Georg Büchner. „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“

kurz berichtet

9. März: ein schwarzer Freitag für die Arbeiter

Trotz 83prozentiger Ablehnung der Bevölkerung, trotz Gewerkschaftsprotesten vor dem Reichstag und auf der Zuschauertribüne des Parlaments, trotz Kritik von Sozialverbänden und Opposition, die Politiker der Großen Koalition beschlossen: Anhebung des Renteneintrittsalter auf 67 - und Bundeswehrtornados nach Afghanistan! Krieg nach innen und Krieg nach außen.

Von 15 Mitgliedern der SPD-Fraktion,

die vor oder neben ihrem Mandat hauptamtlich in den Gewerkschaften tätig waren oder sind, haben 9 der Erhöhung des Rentenalters zugestimmt. Es waren dies: Walter Riestler, Franz Thönnies, Gerd Andres, Klaus Brandner, Karin Roth, Doris Barnet, Kurt Bodewig, Ute Kumpf, Jörg Tauss. Sie werden aus Gewerkschaftsbeiträgen zum Teil bis heute bezahlt und stimmten doch dem Rentenraub zu!

Insgesamt waren es gerade mal 11 Gegenstimmen aus der SPD.

Der DGB Bayern hat 4 SPD-Abgeordnete

als Redner auf 1. Mai-Kundgebungen ausgeladen, weil sie im Bundestag der Rente mit 67 und der sog. Gesundheitsreform zugestimmt haben. Diese Entscheidung war überfällig! Der DGB-Vorsitzende von Bayern, Fritz Schösser, begründete sie so:

„Man muss auch mal mit solchen Maßnahmen deutlich machen, dass es nicht geht, auf Veranstaltungen den Menschen zu versprechen, dass man sich für sie einsetzt, und auf der anderen Seite Gesetze zu beschließen, mit denen man das Gegenteil bewirkt.“

Die nationalkonservative Fratze

Die Stilisierung des ehemaligen SA-Mannes und Marinerichters Hans-Karl Filbinger zum Gegner des Nazi-Regimes durch Günther Oettinger, den Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, ist vor allem anderen eine „Verhöhnung der wirklichen Widerstandskämpfer und jener Millionen, die ihrer Rasse wegen in die Gaskammern getrieben und unter den Schüssen des Exekutionskommandos elendiglich zugrunde gingen“.

So hatte einst Willi Bleicher, der ehemalige Buchenwaldhäftling und spätere Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, über Filbingers Selbstrechtfertigung – „Was damals rechtens war, kann heut nicht Unrecht sein“ - geurteilt. Die rechtfertigende Entschuldigung Oettingers vom vergangenen Montag klang in Teilen verdächtig ähnlich... Zwar: „Ich halte meine Formulierung nicht aufrecht.“ Aber auch: „Es ist juristisch korrekt zu behaupten, durch Filbingers Urteile sei niemand ums Leben gekommen.“ Da möchte man angesichts von Filbingers nachgewiesener Befehligung eines Exekutionskommandos („Legt an!“, „Feuer!“) bitter hinzufügen, selbst erschossen hat er wohl auch niemanden...

Georg Brunnhuber, der Landesgruppenvorsitzende der Berliner CDU, hatte die Geschichtsfälschungen auch nach starker Kritik noch gelobt: „Für unsere Anhänger hat er einen ganz, ganz großen Schritt getan. Er hat ein Tor aufgestoßen. Das wird ein Großer.“ Als der vermeintlich Große mindestens eine ganze Nummer kleiner gemacht worden war, saß Brunnhuber am Rande des Papstgeburtstages... und tönnte immer noch, die Entschuldigung sei „aus strategischen Gründen richtig“ gewesen. Nicht menschlich, nicht moralisch, nein „strategisch“.

Da setzt einer die Verhöhnung der Opfer des deutschen Faschismus mit anderen Mitteln fort. Gibt aber - vielleicht unfreiwillig - gleichzeitig preis, dass vor allem politische Überlegungen hinter Oettingers unsäglicher Beerdigungsrede stehen. Kurt Beck, SPD-Vorsitzender, schätzte diese so ein: „Mein Eindruck ist und bleibt: Es ging darum am äußersten rechten Rand zu fischen“. Sicher nicht falsch. Auf jeden Fall aber zu kurz gegriffen. Der viel beschworene äußerste rechte Rand ist nämlich kein Naturereignis..., sondern wird allein schon dadurch gehätschelt, dass die staatlichen Organe - mithin die staatstragenden Parteien CDU/CSU/SPD/Grüne/FDP - das verfassungsgemäße

Verbot der NPD und aller anderen neofaschistischen Organisationen verweigern.

Der konservative Oettinger schießt nicht nur - wie Beck unterstellt - nach Wählerstimmen oder Zustimmung in der eigenen Partei. Ihm und anderen geht es um die Formulierung und Durchsetzung einer deutlich nach rechts verschobenen Politik. Es ist kein Zufall, dass Innenminister Wolfgang Schäuble bei der Beerdigung von Filbinger anwesend war... Die nationalkonservativen Vordenker vom Schlage Oettinger und Schäuble wollen eine andere Republik. Ihr geistiges Rüstzeug finden sie dabei auch in Institutionen wie der Hans-Filbinger-Stiftung. Im Kern zielt diese Politik auf eine deutlich verstärkte internationale Militärpräsenz Deutschlands, auf die politische und ökonomische deutsche Hegemonie (Vorherrschaft) in Europa und auf die vorbeugende und umfassende Kontrolle jeglicher sozialer Gegenbewegung im Inneren.

Die Nähe zu faschistischen Vorstellungen in Vergangenheit und Gegenwart ist unübersehbar. Und deshalb ist es wiederum kein Zufall, dass... immer wieder konservative Politiker - Jenninger, Hohmann, Heitmann, nun Oettinger - damit auffallen, dass sie die Grenzlinien zum Faschismus verwischen.

Eine solche reale Verwischung wäre auch die Folge, wenn sich etwa die Pläne eines Innenministers Wolfgang Schäuble in punkto Terrordatei und

Einsatz der Bundeswehr im Inneren durchsetzen. Dass man bei deutlicher Einschränkung der demokratischen Rechte im Inneren und einer verstärkten Aggression nach außen ohne weiteres in einer formalen Demokratie leben kann, beweisen die Vereinigten Staaten von Amerika nun schon seit Jahrzehnten. Für uns kann es nur heißen: „Wehret den Anfängen“.

Adi Reiher

Nachdruck aus „Unsere Zeit - Zeitung der DKP. Die UZ ist bei jedem Mitglied der DKP zu beziehen. Und die UZ veranstaltet wieder das größte Volksfest der Linken:

